



## Antrag

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AT/0090/2010		<b>Datum:</b>	03.09.2010
<b>Verfasser:</b>	05-FDP-Ratsfraktion		<b>Az:</b>	
<b>Gremienweg:</b>				
<b>16.09.2010</b>	<b>Stadtrat</b>	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
<b>Betreff:</b> Antrag der FDP-Fraktion zu Kooperationen				

### Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Liste zu erstellen, die aufzeigt, welche Kooperationen es mit den angrenzenden Gemeinden und Gebietskörperschaften gibt und welche Kooperationen derzeit angedacht und geplant sind oder schon verhandelt werden.
2. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, in welchen Gebieten der Verwaltung mit Veränderungen zu rechnen sind, die aus der Ankündigung von Innenminister Karl Peter Bruch resultieren, die Nachbargemeinden Mülheim-Kärlich und Weißenthurm zum Mittelzentren aufzuwerten. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in der nächsten Ratsitzung vorzustellen.

### Begründung:

Zu 1.

Die im Zuge der Haushaltsgenehmigung gemachten Auflagen durch die ADD beinhalten eine deutliche Aufforderung, sich um noch mehr Kooperationen mit Nachbargemeinden und Gebietskörperschaften zu bemühen. Eine solche Liste soll den Fraktionen als Arbeitspapier dienen, um unnötige Nachfragen bei den einzelnen Ämtern und weitere Überlegungen innerhalb der Fraktionen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang weisen wir beispielhaft auch noch einmal auf unseren Vorschlag hin, ein neues Hallenbad in Kooperation mit umliegenden Gemeinden zu realisieren.

Zu 2.

Durch die von Innenminister Karl Peter Bruch angekündigte Aufwertung der Nachbargemeinden Mülheim-Kärlich und Weißenthurm zu einem Mittelzentrum werden zukünftig auch Aufgaben auf diese Körperschaften übertragen, die derzeit noch überwiegend vom Oberzentrum Koblenz wahrgenommen werden. Die Konsequenzen könnten weniger Zuweisungen sein. Damit verbunden wäre eine Reduzierung des Personals und der Räumlichkeiten.

Hier gilt es frühzeitig die Weichen zu stellen und gegebenenfalls schon heute Entscheidungen zu treffen, die diesen Überlegungen Rechnung tragen. Als Beispiel seien hier die Schulen und Schulgebäude genannt.

Die Stadt Koblenz sieht sich mehr und mehr dem Druck der umliegenden Gemeinden und Gebietskörperschaften ausgesetzt und muss sich darüber im Klaren sein, dass eine Weiterentwicklung der Stadt nur gemeinsam mit dem Umland und damit innerhalb der Region Mittelrhein möglich ist.

Angesichts leerer Kassen und überschuldeter Haushalte werden Kooperationen und Verlagerungen von Aufgaben die Zukunft bestimmen.

Wir bitten um Zustimmung.